

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 130  
Januar  
2026

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

was für ein sicherheitspolitisch ful-  
minanter Start in ein neues Jahr?

Venezuela, Grönland, Iran. Der  
Angriff auf eine kritische Strom-  
Infrastruktur in Berlin vermittelt ei-  
nen kurzen Einblick, was in der Uk-  
raine viel zu häufig Alltag ist.

Diese Ausgabe der Denkwürdigkei-  
ten analysiert zu Jahresbeginn  
2026, wo wir stehen und womit wir  
im Verlauf des Jahres rechnen  
müssen.

*Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender*

### In dieser Ausgabe

#### 1 Deutschland muss sich auf ein hartes geopolitisches Jahr einstellen

Dr. Hans-Ulrich Seidt

#### 4 Was die US- Operation in Venezuela über moderne Kriegs- führung verrät

Ralph Thiele

#### 7 Die interne Opposition im Iran

Dr. Hans-Ulrich Seidt

## THEMEN

### Deutschland muss sich auf ein hartes geopolitisches Jahr einstellen

Deutschland ist die stärkste Wirt-  
schaftsmacht Europas. Aber ge-  
rade deshalb treffen uns die aktu-  
ellen disruptiven außenpolitischen  
und geoökonomischen Verände-  
rungen besonders hart. Leider  
sind die Aussichten für 2026 nicht  
weniger düster.

Unter grauem Himmel beantwor-  
ten Experten im Berlin vor der  
Jahreswende sorgenvolle Fragen:  
Wie geht es jetzt mit der Ukraine  
weiter? Kann auf transatlantische  
Solidarität gerechnet werden,  
wenn Milliardäre die US-Politik  
gestalten? Führt Putins Weg über  
die Ukraine hinaus zum Krieg?  
Wird Chinas Innovationsstärke  
noch mehr Märkte erobern und  
beherrschen? Der Ministerialbe-  
amte des Auswärtigen Amts wägt  
seine Antworten sorgfältig ab:  
„Herausfordernd“ seien die inter-  
nationalen Rahmenbedingungen  
deutscher Politik im kommenden  
Jahr. Aber in der Ukraine öffne  
sich nach den Berliner Gesprä-  
chen die Tür zum Beginn eines  
Friedensprozesses. Sein Kollege  
aus der Dienststelle, die hinter die  
Kulissen des Welttheaters zu bli-  
cken hat, verzichtet auf diplomati-  
sche Formulierungen. Für ihn sind  
die außen- und sicherheitspoliti-  
schen Perspektiven Deutschlands  
2026 schlicht „katastrophal“: Inter-  
national habe sich eine politische  
Praxis verfestigt, die universelle  
Prinzipien beschwöre, im politi-  
schen Tagesgeschäft jedoch Par-  
tikularbelange rücksichtslos ver-  
folge. Nur in Berlin seien Ludwig  
von Rochaus „Grundsätze der  
Realpolitik“, formuliert nach der  
gescheiterten Revolution von  
1848, in Vergessenheit geraten.  
Die neue nationale Sicherheits-  
strategie der USA habe Rochau  
bestätigt, der Romantiker und Li-  
berale daran erinnern wollte, dass  
die Welt nicht von edlen Absichten  
regiert wird: „Der Zweck der Au-  
ßenpolitik ist der Schutz zentraler  
nationaler Interessen.“

### Wirtschaftsmacht im Niedergang

Ende 2025 ist absehbar, dass  
Deutschland – international kon-  
frontiert mit harter Machtpolitik –  
unter zunehmenden Druck gerät.  
Die bereits schwierige ökonomi-  
sche und politische Lage spitzt  
sich zu. Zwar ist das Land immer  
noch die stärkste Wirtschafts-  
macht Europas, aber gerade des-  
halb werden seine industriellen  
Kernbereiche – die Chemie sowie  
der Auto- und Maschinenbau – in  
erster Linie von disruptiven au-  
ßenpolitischen und geoökonomi-  
schen Veränderungen getroffen.  
Zudem schwächen im Innern ge-  
sellschaftspolitische Verwerfungen  
die Wirtschaftskraft. Der Versuch,  
den „Fachkräftemangel“, im Klar-

text die fatale demographische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, durch unregulierte Zuwanderung zu kompensieren, erweist sich im Rückblick ebenso als strategische Fehlentscheidung wie der vermeintlich ethisch begründete, tatsächlich aber spontan kalkulierte politische Verzicht auf die Nuklearenergie.

Nicht verwunderlich, dass die Prognosen der wichtigsten Wirtschaftsforschungsinstitute für das kommende Jahr allenfalls ein sehr bescheidenes Wirtschaftswachstum erwarten. Es kann zusätzliche geopolitische Risiken und wirtschaftliche Belastungen kaum abfedern. Beschränkungen des Welthandels und die mögliche Unterbrechung wichtiger Lieferketten werden die sozialen Spannungen im Innern verstärken.

Vor allem aber bleiben Ausgang und Folgekosten des russisch-ukrainischen Abnutzungskrieges ungewiss. Ihre Auswirkungen auf den Bundeshaushalt und die deutsche Wirtschaft lassen sich nur schwer abschätzen. Dabei berührt der Kriegsverlauf in der Ukraine die Zukunft der deutschen Energieversorgung unmittelbar. Für die Verantwortlichen der EU ist es eine geopolitische Priorität, die Abhängigkeit ihrer Mitgliedsstaaten von russischen Öl- und Gaslieferungen rasch und dauerhaft zu reduzieren. Aber kann dieses Ziel in einem überschaubaren Zeitraum zu vertretbaren Kosten erreicht werden? Um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Deutschland zu sichern, müssen die Energiepreise rasch gesenkt werden. Folgt auf das Ende des Ukraine-Krieges zumindest eine Vereinbarung, nach der russisches Gas wieder durch Nord Stream 2 nach Mitteleuropa gelangen kann? Vermutlich werden die Abnehmerpreise dann aber von einem US-geführten Konsortium bestimmt.

#### **„Fxxk the EU!“ – Washingtons Kurs**

Anders als Berlin verfügt Washington über eine klare strategische Ausrichtung: Die USA sollen, so die neue amerikanische Sicherheitsstrategie, die größte und erfolgreichste Nation der

Weltgeschichte bleiben. Allen staatlichen Einrichtungen werden sowohl die Ausgangslage als auch die Wege zum Ziel verbindlich vorgegeben. Die schonungslosen Formulierungen haben nicht nur in Berlin für Aufsehen, ja Entsetzen gesorgt.

Aber was ist wirklich neu? Schon im Februar 2014 hatte Victoria Nuland, Assistant Secretary of State unter Präsident Obama und führende Unterstützerin des Kiewer Maidan-Aufstandes, den US-Botschafter in der Ukraine in orditärer Sprache angewiesen, entgegenstehende Positionen der EU zu ignorieren. Richard Grenell, während Trumps erster Amtszeit Botschafter in Berlin, verfügte weder über diplomatischen Takt noch bemühte er sich um Verständnis für die Interessen seines Gastlandes. Und am Potomac erinnern sich Außenpolitiker beider Parteien noch sehr genau daran, dass Paris und Berlin 2003 in Wahrnehmung ihrer strategischen Souveränität die Teilnahme am Angriffskrieg gegen den Irak verweigerten und 2008 beim Nato-Gipfel in Bukarest den Membership Action Plan für die Ukraine zum Scheitern brachten.

Vor diesem Erfahrungshintergrund wird Washington im kommenden Jahr nicht nur bei den Ukraine-Gesprächen mit Moskau Europa im Auge behalten und vor allem Deutschland besondere Aufmerksamkeit schenken. Die Trump-Administration wird sich noch stärker auf strategisch relevante Bereiche konzentrieren: den industriellen Kern und den Finanzsektor. Deutsche Unternehmen und Banken sind daher gut beraten, bei sensiblen internationalen Transaktionen den amerikanischen Fokus zu bedenken. Beispielhaft nennt die nationale US-Strategie Vorhaben, die amerikanischen Interessen widersprechen: „Heute bauen deutsche Chemiekonzerne einige der weltweit größten Verarbeitungsanlagen in China, wobei sie russisches Gas nutzen, das sie zu Hause nicht beziehen können.“

Neben ökonomischen Zielen wie der Öffnung des europäischen Marktes für amerikanische Güter

und Dienstleistungen geht es Washington in Europa um politischen Einfluss und die Durchsetzung ideologischer Leitvorstellungen. Der alte Kontinent, so die kulturpessimistische Vorgabe, soll vor der „zivilisatorischen Auslöschung“ bewahrt, nationale Identitäten gestärkt und die EU geschwächt werden. „Gesunde Nationen“ in Mittel-, Ost- und Südeuropa können mit der Rückendeckung Washingtons rechnen, wenn sie sich in Brüssel gegen EU-Beschlüsse wenden, die US-amerikanischen Wünschen und Interessen widersprechen.

„Divide et impera!“ Die praktische Anwendung der klassischen Maxime wird 2026 auch in Deutschland Wirkung entfalten. Die politische Konkurrenz des Parteienverbundes, der bisher unter der informellen Bezeichnung „Unsere Demokratie“ den innen- und gesellschaftspolitischen Status quo des Landes stabilisierte, darf vor den anstehenden Landtagswahlen offene oder verdeckte Unterstützung aus den USA erwarten. Vorbild sind Hilfen für Politiker wie Javier Milei in Lateinamerika oder bereits laufende Unterstützungsmaßnahmen für Persönlichkeiten und Parteien im südosteuropäischen Donauraum.

#### **Russisch-amerikanische Annäherung**

Als lachende Dritte freuen sich Moskau und Peking über diese Entwicklung. Washingtons „Road Map“ entzieht der transatlantischen Solidarität die Vertrauensgrundlage und stärkt damit chinesische und russische Positionen gegenüber der EU und den USA. Auch die strategischen Überlegungen Washingtons zur künftigen Kooperation der großen Mächte werden in Moskau und Peking mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Sie legitimieren imperiales Handeln und legen Absprachen nahe, in denen Washington, Moskau und Peking ihre Interessensphären abgrenzen und auf Regimewechsel in den Zentren der rivalisierenden Mächte verzichten.

Die operativen Folgen dieses strategischen Ansatzes zeigen sich seit Beginn der zweiten Trump-

Administration in bemerkenswerter Weise im amerikanisch-russischen Verhältnis. Während Trumps Vorgänger im Frühjahr 2022 vor dem Warschauer Königsschloss zum Sturz des russischen Präsidenten aufrief, finden seit Frühjahr 2025 intensive russisch-amerikanische Verhandlungen statt. Steve Witkoff, Immobilienmilliardär und Freund Donald Trumps, sowie der Schwiegersohn des Präsidenten, Jared Kushner, führen vertraulich Gespräche über die Beendigung des Ukraine-Krieges. Die Zukunft Europas hängt damit von Direktkontakten zwischen Kreml und Weißem Haus ab. Eine gemeinsame Politik gegenüber Moskau wird nicht mehr in transatlantischer Gemeinschaft formuliert, sondern ist das Ergebnis vorangegangener russisch-amerikanischer Geheimdiplomatie.

Unter diesen Vorzeichen wird es – das machten die jüngsten Ukraine-Gespräche in Berlin deutlich – keine Nato-Erweiterung nach Osten geben, sondern die amerikanische Verantwortung für die Sicherheit Europas wird im Zuge der amerikanisch-russischen Annäherung erheblich reduziert. Die künftigen Sicherheitsgarantien für Kiew werden vor allem die Europäer geben müssen.

Erkennbar ist auch, dass eine Übereinkunft, eine „Entente“ zwischen Washington und Moskau über territoriale Veränderungen östlich des Dnjepr hinausgehen und das internationale Staatensystem insgesamt berühren kann. Die großräumige Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären im Rahmen eines Trump-Putin-Pakts würde die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegten völkerrechtlichen Prinzipien erschüttern.

In der neuen US-Strategie wird die Monroe-Doktrin als Großraumordnung der westlichen Hemisphäre unter Hegemonie der USA ausdrücklich festgeschrieben. Ein von Moskau akzeptierter Regimewechsel in Venezuela würde Washingtons Machtanspruch bestätigen – und Dänemark samt seinen europäischen Verbündeten vor die Frage stellen, ob nicht auch Grönland künftig zur westlichen Hemi-

sphäre, zum exklusiven Machtbereich der USA, gehören soll.

### Die Ukraine und Putin

Vor dem Hintergrund der vertraulichen amerikanisch-russischen Verhandlungen und ihrer weltpolitischen Dimension bleiben Prognosen zu Einzelereignissen in der Ukraine spekulativ. Gleichwohl muss 2026 in Kiew mit einschneidenden Veränderungen gerechnet werden. Präsident Wolodymyr Selenskyj wird voraussichtlich Amt und Würden verlieren. Wann genau und unter welchen Umständen dies geschehen wird, ist derzeit allerdings ebenso unklar wie seine Nachfolge. Jedenfalls wird die öffentliche Kritik an Selenskyjs Regierungsführung auf beiden Seiten des Atlantiks in den nächsten Wochen und Monaten zunehmen, sich zunächst noch auf Personen in seinem Umfeld

konzentrieren und ihn am Ende selbst erfassen. Andrij Jermak und Timur Minditsch, Selenskyjs ausgewechselten Weggefährten, wird Korruption in einem Ausmaß vorgeworfen, das sogar die Raffgier des letzten afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani in den Schatten stellt. Westliche Politiker sollten sich deshalb auf die Frage vorbereiten, weshalb sie die seit Längerem bekannte missbräuchliche Verwendung westlicher Finanztransfers geduldet haben.

Als Antwort bietet sich der Verweis auf den Risikofaktor Putin an. Der russische Präsident wird nach dem Ende des gegenwärtigen Krieges in der Ukraine seine imperialen Ziele, die er im Juli 2021 in einem Namensartikel formulierte und in verklausulierter Form in die 2022 geänderte russische Verfassung aufnehmen ließ, nicht erreicht haben. Aber er wird in längerfristiger Perspektive weiter auf sie hinarbeiten. Putin hat noch Zeit, Kiew und Odessa der Macht des Kremls zu unterwerfen: Nach geltender Verfassungslage kann er bis 2034 im Amt bleiben, Trumps Präsidentschaft endet am 20. Januar 2029.

Die Revision europäischer Machtverhältnisse nach den historisch-geopolitischen Leitvorstellungen Moskaus wird von den skandinavischen, baltischen und osteuro-

päischen Staaten als existentielle Bedrohung wahrgenommen. Auch nach einem Waffenstillstand oder einem Friedensabkommen in der Ukraine ist mit fortgesetzten russischen Desinformationskampagnen und dem Bemühen des Kremls zu rechnen, parallel zu vergleichbaren amerikanischen Anstrengungen den politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in den Mitgliedstaaten der EU gezielt zu beeinflussen.

### Und Europa?

Wie werden sich die Europäer im Angesicht rivalisierender Mächte verhalten? Wollen sie die Gesetze internationalen Handelns überhaupt noch mitbestimmen? Oder genießen sie, an Frieden und Wohlstand gewöhnt, liebgewordenen Konsum, diskutieren „woke“ Identitätsprobleme und folgen politisch desinteressiert eingespielten parlamentarischen Verfahren und bürokratischer Routine?

Nach den Berliner Ukraine-Gesprächen hätte eine überzeugend formulierte und selbstbewusst vorgetragene europäische Initiative – etwa die Beschlagnahme der sequestrierten russischen Staatsgelder – den Anstoß hin zu einer verteidigungsfähigen Sicherheitsgemeinschaft geben können. Hatte der Bundeskanzler nicht kurz nach Amtsantritt im Frühjahr 2025 die deutsch-französischen Beziehungen zur Chefsache erklärt und auf die Kooperation der karolingischen Nachfolgestaaten im Entscheidungszentrum der EU gehofft? Nun sind seine Vorschläge zur europäischen Finanzierung und Unterstützung der Ukraine beim Europäischen Rat am 18. Dezember 2025 gescheitert.

### Die wahre Zeitenwende

Ein exzellenter Kenner Frankreichs und der transatlantischen Beziehungen hatte bereits Tage zuvor vor zu hohen Erwartungen gewarnt: „Macron ist durch!“ Ebenso bot der Blick nach Rom, wo die Regierung Meloni die Tradition des „sacro egoismo“ pflegt, wenig Anlass zur Hoffnung. Auch in Zukunft werden in den meisten EU-Mitgliedstaaten innenpolitische Differenzen, populistische Bewe-

gungen und gegensätzliche Vorstellungen über die Aufgaben der EU außen- und sicherheitspolitische Initiativen lähmen. Zudem steht das Vereinigte Königreich – kein EU-Mitglied mehr, aber immer noch ein wichtiges europäisches Nato-Land – wie Frankreich vor massiven Haushaltsproblemen und ungewissen innenpolitischen Entwicklungen. So bleibt die drängende Frage: Gibt es in Deutschland und Europa noch Persönlichkeiten oder Personengruppen, die strategische Orientierung geben und Führungsverantwortung übernehmen können? Ein Gesprächspartner im Spagat zwischen Brüssel und Berlin stellt lakonisch fest: „Das fragen sich alle!“

*Dr. Hans-Ulrich Seidt*

Dr. Hans Ulrich Seidt ist Botschafter a. D. und Berlin Fellow des Liechtenstein Institute on Self-Determination (LISD) an der Princeton University sowie Senior Advisor bei Friedrich30, einer in Berlin ansässigen politischen Beratungsfirma.

Dieser Beitrag wurde ursprünglich im Cicero am 2. Januar 2026 veröffentlicht.

Dieser Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

## THEMEN

### Was die US-Operation in Venezuela über moderne Kriegsführung verrät

Die USA haben in Venezuela gezeigt, wie schnell KI-gestützte Systeme staatliche Handlungsfähigkeit aushebeln können. In Grönland könnte es eine ähnliche Verschiebung geben: strategische Dominanz durch Daten, nicht durch Truppen.

Es ist offensichtlich, dass die USA in Bezug auf die praktische, integrierte Nutzung von Algorithmen und Daten über das gesamte Spektrum ihrer Macht hinweg ihren Konkurrenten und Partner weit voraus sind. Allerdings verfügen sie nicht über eine absolute „Souveränität“.

Die Operation in Venezuela demonstriert die integrierten Fähigkeiten von U.S. Machtinstrumenten in großem Maßstab. Wir erkennen den Einsatz von massiven

Multi-Source-Sensoren und -Fusionen sowie von kommerziellen und militärischen Satelliten, Signalaufklärung, die Überwachung von Finanztransaktionen, Schifffahrts- und Luftfahrt Daten, sozialen Medien und Telekommunikations-Metadaten. All dies wurde in Venezuela zusammengeführt, um eine nahezu Echtzeit-Lageerfassung zu ermöglichen, vermutlich unterstützt durch automatisierte Anomalie Erkennung. Hinzu kamen Netzwerkanalysen von Eliten, Sicherheitskräften und Logistik sowie die Vorhersage von Reaktionen des Regimes und der Bevölkerung. All dies deutet auf eine ausgereifte Datenarchitektur und Machine-Learning-Pipelines hin, die schnell für jeweiliges Krisenmanagement maßgeschneidert werden können.

In Venezuela wurden diese Fähigkeiten absehbar für selektive Sanktionen – z.B. Schifffahrtskontrollen - integriert, um den Druck auf wichtige Knotenpunkte aufrechtzuerhalten und gleichzeitig unkontrolliertes Chaos zu begrenzen. Operative KI nutzte die Integration von Trendanalysen in sozialen Medien und die Erkennung von Bot- und Troll-Netzwerken, um deren eigenen Einsatz sowie die auf Individuen und Zielgruppen maßgeschneiderte Informationsmanipulation und Verbreitung von Narrativen einzubeziehen. Diese Funktionen können helfen das Regime zu delegitimieren, Eliten zu spalten, und Botschaften zu verbreiten, die das Militär verunsichern und lokale Verantwortungsträger und Meinungsmacher je nach Bedarf abschrecken bzw. beruhigen. Bemerkenswert ist, dass Washington in der Lage war, neue Daten schnell in aktualisierte Risikobewertungen umzuwandeln und das Außenministerium, das Finanzministerium, das Verteidigungsministerium, die Geheimdienste und Verbündete zu einem einheitlichen Ansatz zu koordinieren.

Während Europa theoretisch Fähigkeiten und Algorithmen entwickeln könnte, die mit denen der USA vergleichbar sind, besteht der entscheidende Unterschied in Bezug auf den großflächigen Einsatz im gesamten Regierungsapparat und dessen nachgeordneten

Instanzen. Die Stärken Europas liegen in seiner starken Forschungsbasis in den Bereichen KI, Kryptografie und angewandte Datenwissenschaft sowie in seinen hochmodernen Weltraum- und EO-Fähigkeiten. Immerhin drängen inzwischen führende industrielle und KI-Akteure auf eine größere „digitale und datenbezogene Souveränität“.

Auch Russland sollte nicht außer Acht gelassen werden. Es ist nach wie vor in der Lage, präzise, gezielte KI-gestützte Operationen durchzuführen. Russland ist besonders stark in den Bereichen Signalaufklärung, Cyberkriegsführung und elektronische Kriegsführung sowie in Bezug auf ausgefeilte Desinformations- und psychologische Operationen. Eine gravierende Schwäche ist seine relativ kleine und zunehmend isolierte wirtschaftliche und technologische Basis sowie seine Abhängigkeit von ausländischer Hardware, Komponenten und Software.

Meine wichtigste Erkenntnis ist, dass die USA über eine ganzheitliche Systemarchitektur verfügen – institutionell, technologisch und finanziell –, die sie in Venezuela eindrucksvoll unter Beweis gestellt haben und die sie auch schnell und global nutzen können. Hier kann Europa derzeit nur schwer mithalten kann. Das gilt übrigens auch für Russland.

**Wenn die USA - wie in Venezuela demonstriert – weitgehend mit autonomen Systemen die Verteidigungsfähigkeit eines Regimes innerhalb von wenigen Minuten zerstören können, was bedeutet das für Konzept der kollektiven Verteidigung?**

In Bezug auf ihre Ausrüstung, Ausbildung und Zusammensetzung sind die venezolanischen Streitkräfte eher ein Trümmerhaufen als eine militärische Truppe. Deren Verteidigungsfähigkeiten systematisch und selektiv zu überwinden, war keine große Herausforderung. Dennoch bleiben die Vorbereitung und Durchführung der Operation durch die US-Streitkräfte und Geheimdienste ein Weckruf für jedes Land der Welt, das Wert auf seine nationale Sicherheit und Verteidigung legt.

Das Konzept der kollektiven Verteidigung hat nach wie vor eine vielversprechende Zukunft, allerdings mit einigen Anpassungen. Die wichtigsten Merkmale der kollektiven Verteidigung wie die gegenseitige Verpflichtung zur Verteidigung, die Abschreckung gegen externe Aggressionen, die Konzentration auf externe Bedrohungen, vertraglich basierte Grundlagen wie in der NATO mit koordinierten militärischen Fähigkeiten, um eine glaubwürdige Reaktion zu gewährleisten, werden auch in Zukunft ihre Berechtigung. Seit zwei Jahrzehnten sehen wir jedoch einen zunehmenden Bedarf an Koalitionen von Willigen, deren Interoperabilität auf Standards, Verfahren und Einsatzkonzepten basiert, die in Organisationen wie der NATO entwickelt und trainiert wurden.

Da kollektive Verteidigung traditionell einen langen Mobilisierungs- und Verstärkungsprozess impliziert, geht es beim erforderlichen Anpassungsprozess weniger um Bodentruppen als vielmehr um zuverlässige schnelle Kill-Chains, die auch von entfernten Kommandozentralen und Plattformen aktiviert und ausgeführt werden können. Damit wandelt sich „Verteidigung“ in eine echtzeitnahe, präzise Offensivfähigkeit, die Grenzen zwischen Verteidigung und Präventivschlag verwischt und Allianzen dazu befähigt, schnelle „defensive Offensivoperationen“ als Standardreaktion zu planen.

Bislang beruhte die Glaubwürdigkeit der Verteidigung – neben der nuklearen Abschreckung – zu einem großen Teil auf vorwärts stationierten Truppen und Stützpunkten. Wenn autonome Systeme wie Drohnenschwärme, Langstrecken-Loitering-Munition und KI-gesteuerte Cyber- sowie elektronische Kriegsführung aus sicherer Entfernung eingesetzt werden können, können die USA ihre Verbündeten glaubwürdig bei deren Verteidigung unterstützen, ohne eine große permanente Präsenz zu zeigen.

Vor diesem Hintergrund könnten sich die Debatten über die Lastenteilung im Bündnis hin zu Debatten um Zugang zu Stützpunkten

und Luftraum für autonome Plattformen, Datenaustausch, Sensoren und lokale Infrastruktur zur Unterstützung der KI-Systeme der USA verlagern. Die kollektive Verteidigung könnte zunehmend Verpflichtungen in Bezug auf KI-Governance, Transparenz und Einsatzregeln umfassen – nicht nur gegenseitige militärische Hilfe. Der Einsatz solcher autonomen Funktionen würde die kollektive Verteidigung verändern hin zu einer schnelleren, stärker offensiv ausgerichteten, KI-gestützten Fähigkeit. Dies würde die Abschreckung verstärken, aber auch die Verbündeten dazu zwingen, neu zu verhandeln, was „die Verteidigung eines Einzelnen ist die Verteidigung aller“ in einer Zeit der minutengenauen Kriegsführung tatsächlich bedeutet. Hier muss eine Balance der Partner gefunden werden. Einige NATO-Verbündete dürften jedoch Probleme mit einer übermäßigen Abhängigkeit von US-KI-Systemen haben. Europa drängt schon jetzt auf eigene autonome Fähigkeiten.

#### **Angesichts der in Venezuela demonstrierten herausragenden militärischen Fähigkeiten der USA, wie wirkt sich dies auf die amerikanischen Ambitionen in Grönland aus?**

Die USA benötigen Grönland nicht „von“ Europa, sondern gemeinsam mit Europa, vor allem gegenüber Russland und zunehmend auch gegenüber China.

Dänemark ist ein NATO-Verbündeter. Die USA verfügen dort bereits über einen großen Stützpunkt im Rahmen bilateraler Vereinbarungen. Jede bedeutende Ausweitung der militärischen Kontrolle der USA über grönländisches Territorium hängt rechtlich weiterhin von der Zustimmung Dänemarks bzw. Grönlands und der NATO-Politik ab. Jeder offene Versuch, die Kontrolle über grönländisches Territorium oder Luft-/Seegebiete gegen den Willen Dänemarks oder Grönlands zu „übernehmen“, würde ein politisches Erdbeben innerhalb der NATO auslösen und zudem die bisherigen U.S.- Stationierungsvereinbarungen infrage stellen. Die USA würden bei einem Konflikt mit der NATO mehr als 750

Militärstützpunkte riskieren, wo sie auf die Zusammenarbeit mit den Verbündeten angewiesen sind. Der Austausch von Geheimdienstinformationen durch die Five Eyes könnte über Nacht enden. Die Rüstungsindustrie könnte Hunderte von Milliarden an bestehenden Verträgen verlieren.

Das Pentagon ist sich bewusst, dass die NATO für die Aufrechterhaltung der globalen Dominanz der Amerikas mehr wert ist als tausend Grönlands. Auch die U.S. Wirtschaft schaut skeptisch auf die derzeitigen Verlautbarungen aus Washington. Die Tech-Branche benötigt die NATO und die europäischen Märkte, nicht zuletzt auch um China in Schach zu halten. Die Energiebranche benötigt europäische Kunden. Die Finanzwelt benötigt die Stabilität des Dollars. Die Vorherrschaft des Dollars, gestützt durch das westliche Finanzsystem, würde sich verflüchtigen. Das westliche Bündnis repräsentiert eine enorme integrierte Wirtschaftskraft.

Insgesamt ist deshalb eher zu erwarten, dass die USA versuchen werden, die strategische Kontrolle über das Gebiet zu erlangen, ohne dabei formell die Souveränität oder die Stützpunktvereinbarungen zu ändern. Wir sollten mit einem dichten Einsatz autonomer ISR-Systeme der USA zu rechnen, darunter Satelliten, Drohnen, Meeresbodensensoren und Cyberüberwachung. Diese werden in der Lage sein, eine dauerhafte, weitgehend automatisierte Lageerfassung in den Bereichen Land, Luft, See, Weltraum und Cyberspace über und um Grönland herum zu gewährleisten. KI-gesteuerte Kommando- und Kontrollsysteme könnten US-Ressourcen gemäß aktuellen Einsatzerfordernissen echtzeitnah orchestrieren.

Die Fähigkeiten der USA würden schnellere Reaktionszeiten ermöglichen. KI-gestützte Sensorik und Entscheidungsunterstützung könnten es den US-Kommandos ermöglichen, Veränderungen in der arktischen Umwelt viel schneller zu erkennen und darauf zu reagieren, als es die europäischen Behörden normalerweise tun. Eu-

ropäische Verbündete, darunter Dänemark, könnten sich auf US-Informationen verlassen, um überhaupt zu erfahren, was um Grönland herum geschieht. Dies würde jedoch auch die europäische Abhängigkeit von US-Daten und -Algorithmen erhöhen. Wenn die Lageerfassung der NATO in der Arktis zunehmend auf souveränen US-Systemen basiert, würden die Europäer zu „Datenmietern“ werden, selbst in der eigenen Region. In der Praxis könnte Washington somit der einzige Akteur sein, der über vollständige, nahezu Echtzeit-Sichtbarkeit in mehreren Bereichen und automatisierte Reaktionsmöglichkeiten in und um Grönland verfügt – ein Sachverhalt, der übrigens ebenfalls für sicherheitspolitische Herausforderungen in der Ukraine oder in anderen Regionen in und um Europa zutrifft.

### **Die strategische Lektion - Technologie- und Netzwerk-macht vervielfacht die eigene Stärke. Territoriale Eroberungen behindern sie.**

Macht im 21. Jahrhundert bedeutet nicht, Territorium zu besitzen. Es geht darum, Netzwerke zu kontrollieren. Die beispiellose globale Dominanz Amerikas beruht nicht auf der Kolonialisierung von Inseln, sondern darauf, dass es im Zentrum eines Netzwerks aus Allianzen, Handelsbeziehungen und Sicherheitsgarantien steht. Wenn man der Knotenpunkt ist, müssen alle mit einem zusammenarbeiten. Wer Inseln erobert, erfährt dass alle einen Bogen um einen machen.

Wir sollten also nicht damit rechnen, dass die USA Grönland besetzen will, sondern eher mit einer Art „sanfter technologischer Übernahme“, in der US-zentrierte technische und operative Standards festgeschrieben werden, bevor Europa alternative souveräne Systeme einsetzen kann. KI und algorithmische Souveränität geben den USA Instrumente an die Hand, mit denen sie das Gleichgewicht in Grönland zugunsten einer de facto-Führungsrolle der USA und einer Abhängigkeit von US-Systemen verschieben können. Hybride kognitive Kriegsführung und Informationskriegsführung könnte – ähnlich wie in Ve-

nezuela - diesen Ansatz begleiten. Innerhalb der NATO und des dänisch-grönländischen Rahmens dürfte sich dies jedoch eher in einer subtilen strukturellen Dominanz äußern.

*Ralph Thiele*

Ralph Thiele ist Vorsitzender der pmg. Dieser Beitrag wurde ursprünglich im Cicero am 9. Januar 2026 veröffentlicht.

Er gibt ausschließlich die persönliche Meinung des Autors wieder.

## **THEMEN**

### **Die interne Opposition im Iran**

Im Iran hat wohl das letzte Kapitel der 1979 gegründeten Islamischen Republik begonnen. Ungewiss bleibt jedoch, wann und wie es enden wird.

#### **Irans Theokratie vor dem Ende**

Seit mehr als zwei Wochen erschüttern landesweite Proteste den Iran. Die Machthaber versuchen verzweifelt, den Zusammenbruch ihres Regimes und einen politischen Umsturz zu verhindern. Was sind die Ursachen der revolutionären Dynamik? Womit ist zu rechnen?

#### **Absturz einer Regionalmacht**

Noch vor drei Jahren war der Iran in Westasien ein regionaler strategischer Faktor. In Syrien, im Irak, im Libanon und im Jemen verfügte Teheran über Verbündete, mit deren Hilfe destabilisierende Stellvertreterkriege geführt wurden. Doch der Fall des Assad-Regimes Anfang Dezember 2024 markierte die geopolitische Wende. Nach dem Verlust der verbündeten Alawiten in Damaskus und der Zerschlagung der Hisbollah-Verbände im Libanon hatte die expansive Regionalpolitik Teherans ihren Zenit überschritten. Die seit 1979 gegen Israel geschmiedete "Islamische Widerstandsachse" brach zusammen.

Am 26. April 2025 zerstörte eine verheerende Explosion weite Teile des Hafens von Bandar Abbas, über den 80 Prozent des iranischen Außenhandels abgewickelt werden. Große Mengen von Ammoniumperchlorat hatten sich ent-

zündet. Die chemische Substanz, die der Herstellung von Raketentreibstoff dient, stammte aus China. Die Explosion fand, sicherlich kein Zufall, zeitgleich zum Beginn der dritten Verhandlungsrunde statt, die Teheran und Washington in Oman über die Zukunft des iranischen Nuklearprogramms führen wollten.

Am 13. Juni 2025 begann die israelische Luftwaffe die Operation *Rising Lion*. Ihr Ziel waren primär iranische Nuklearanlagen. Am 21. Juni 2025 erlaubte Präsident Trump amerikanischen B-2 Bombern, zur Unterstützung Israels tief verbunkerte iranische Einrichtungen mit Spezialbomben anzugreifen. Der israelisch-amerikanische Luftkrieg deckte die Schwächen der iranischen Luftabwehr schonungslos auf.

Im Spätsommer 2025 beantragten Großbritannien, Frankreich und Deutschland als Vertragsparteien des 2015 mit dem Iran abgeschlossenen *Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA)* die erneute und automatische Verhängung der zehn Jahre zuvor aufgehobenen Sanktionen der Vereinten Nationen. Iranische Auslandsguthaben wurden eingefroren, iranische Finanztransaktionen im weltweiten Bankenverkehr umfassend erschwert und der Warenverkehr mit den Iran einschneidend gestört. Die Abwertung der iranischen Währung Rial beschleunigte sich, der Inflationsdruck im Land stieg dramatisch an.

Als Folge des rasanten Währungsverfalls kam es schließlich Ende Dezember 2025 in Teheran zu Ladenschließungen, Streiks und Straßenprotesten. Die Basarhändler riefen die Bevölkerung auf, sich ihrem Protest anzuschließen. Der allgemeine Unmut über die katastrophale Wirtschaftslage und die sich verschlechternde Energie- und Wasserversorgung entlud sich in zum Teil gewaltsamen, landesweiten Massendemonstrationen. Politische Parolen richteten sich gegen die Theokratie der Mullahs und ihren geistlichen Führer Ayatollah Chamenei: „Tod dem Diktator!“

## Starke Feinde

Als am 29. Dezember 2025 Sicherheitskräfte im Zentrum Teherans: massiv gegen Demonstranten vorgingen, trafen sich Benjamin Netanyahu und Donald Trump in dessen Winterresidenz Mar-a-Lago in Florida. Die politischen Spitzen der beiden Staaten, die seit der Machtergreifung Ayatollah Chomeinis 1979 die Hauptfeinde Teherans sind, diskutierten über die Zukunft des iranischen Regimes.

Schon im Februar, April und Juli 2025 hatte Netanyahu mit dem US-Präsidenten über die Lage in Gaza und im Iran gesprochen. Bereits während seiner ersten Amtszeit hatte Trump im Februar 2020 General Qassem Solimani, den Kommandeur der Auslandseinheiten der Revolutionsgarden, durch eine US-Drohne töten lassen. Mit Beginn seiner zweiten Amtszeit nahm der politische und militärische Druck Washingtons auf Teheran deutlich zu und es gab keinen Zweifel daran, dass Trump in seiner zweiten Amtszeit Gewalt als legitimes Mittel amerikanischer Iran-Politik betrachtete.

Allerdings ließ die im Spätherbst 2025 veröffentlichte neue nationale Sicherheitsstrategie der USA erkennen, dass der politisch und militärisch bereits geschwächte Iran nicht mehr als erstrangige strategische Priorität und vorrangige Bedrohung amerikanischer Interessen betrachtet wurde. Zwar wird der Iran weiter als die gefährlichste destabilisierende Kraft im Nahen und Mittleren Osten bewertet. Dennoch beabsichtigt Washington, sein militärisches Engagement in der Golfregion zu reduzieren.

Nach amerikanischer Einschätzung ist Israel als stärkste Regionalmacht Westasiens heute in der Lage, mit Rückendeckung der USA eine Subhegemonie über den Nahen und Mittleren Osten zu übernehmen. Solange Netanyahu nicht gegen vitale geoökonomische Interessen der USA und ihrer Schützlinge auf der arabischen Halbinsel verstößt, hat er freie Hand für seine Politik gegen das iranische Regime. Daher sind bereits im ersten Quartal 2026 weite-

re israelische Operationen gegen den Iran zu erwarten.

## Eskalation des Widerstands

Begünstigt wird der Machtverfall Teherans durch die innenpolitische Entwicklung im Iran. Schon zu Beginn der ersten Amtszeit Donald Trumps entfaltete sich 2017/18 eine landesweite politische Bewegung, die offen das Ende der Islamischen Republik und des 1979 von Ayatollah Chomeini oktroyierten Verfassungssystems forderte. Es ging ihr nicht mehr um die Reform, sondern um die Abschaffung des theokratischen „Velayat-e Faqih“, der religiös begründeten Staatsordnung.

Zu einer zweiten Welle landesweiter, gewaltsamer Demonstrationen kam es im November 2019 nach der plötzlichen Erhöhung der Benzinpreise. Auch diese Proteste wurden blutig niedergeschlagen. Sie trugen den Charakter einer Armutsrevolte und ließen erkennen, dass selbst in sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, die bis dahin als gesellschaftliche Basis des theokratischen Systems galten, die Unzufriedenheit mit dem Regime wuchs.

Im September 2022 folgte die dritte Aufstandswelle. Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin, war verhaftet worden, weil sie kein Kopftuch trug. Im Polizeigewahrsam schwer misshandelt, starb sie an ihren Verletzungen. Frauen stellten sich an die Spitze spontan organisierter Demonstrationen, die schließlich alle 31 Provinzen des Landes und mehr als 280 Städte und Ortschaften erfassten.

Zwar darf die mediale Wirkungskraft von *Influencern* nicht unterschätzt werden, aber gleichwohl bestätigten die Demonstrationen des Jahres 2022, dass spontan handelnde zivilgesellschaftliche Akteure nicht die Durchschlagskraft einer strukturierten und einheitlich geführten Opposition besitzen. Auch in demokratischen Ländern ist es schwierig, verschiedene politische Strömungen in einem handlungs- und durchsetzungsfähigen Bündnis zu sammeln. Das gilt erst recht für den Iran, wo rivalisierende Oppo-

sitionsgruppen auf ganz unterschiedlichen ethnischen, sozialen und ideologischen Grundlagen miteinander konkurrieren.

## Regionale und "rechte" Oppositionsgruppen

Im Vielvölkerstaat Iran verfügen die Kurden im Nordwesten, die arabische Minderheit im Südwesten und die Belutschen im Südosten traditionell über eigene Oppositionsbewegungen. Sie stellen für die Zentralregierung in Teheran solange keine existentielle Bedrohung dar, wie ihre Reichweite regional und ethnisch begrenzt ist. Doch können die regionalen Oppositionsgruppen ihre Wirkungsmöglichkeiten vergrößern, wenn sie sich abstimmen und kooperieren. Die Abschaltung des Internets durch die iranische Regierung am 8. Januar 2026 zielte deshalb in erster Linie darauf ab, eine Koordination der außerhalb der Hauptstadt agierenden Protestbewegungen zu verhindern.

In Teheran, im politischen Zentrum des Landes, arbeiten Oppositionsgruppen unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung und sozialer Herkunft. Zur "rechten" Opposition gehören säkulare Nationalisten und Monarchisten, die bisher allerdings weder im Iran noch im Ausland wirksame Organisationsstrukturen aufbauen und militante Kräfte rekrutieren konnten. Allein sind sie keine unmittelbare Bedrohung für das Regime. Das gilt auch für die Anhänger der 1978/79 gestürzten Pahlavi-Dynastie, denn die Restauration der Monarchie wird von großen Teilen der iranischen Bevölkerung abgelehnt.

Dennoch haben politische Kreise, die sich um Reza Pahlavi, den Sohn des 1979 gestürzten Schahs scharen, besonders finanzkräftige Förderer gefunden, die sie mit großem Aufwand unterstützen. Das Ergebnis ist eine professionell organisierte internationale Medienkampagne, die vor allem in der westlichen Öffentlichkeit Resonanz findet. Doch hat nach Einschätzung sachkundiger Beobachter der Thronprätendent Reza Pahlavi im Iran keine Bodenhaftung, auch verfügt er nicht über

das Profil und das Charisma eines Revolutionsführers.

Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass nach einem Sturz der Theokratie neue Machthaber, etwa aus dem Führungskreis des Sicherheitsapparats oder des Militärs, Reza Pahlavi als nominelles Staatsoberhaupt installieren, um ihrer Herrschaft Legitimität zu verleihen. Ein solches Szenario setzt allerdings voraus, dass zuvor die neuen Herren mit Reza Pahlavis internationalen Sponsoren einen verbindlichen Deal abgeschlossen haben. Fraglich bleibt jedoch, ob eine politische Neuordnung, die die schiitische Hierarchie durch Reza Pahlavi als Aushängeschild einer Übergangsregierung oder als konstitutionellen Monarchen ersetzt, zur dauerhaften Stabilität des Iran und zur Befriedung der Region beitragen kann.

#### **“Moderate” Vertreter des Regimes als Transformationspartner?**

Deshalb setzen in Berlin und Brüssel manche Politiker und Politikerinnen auf “gemäßigte” Vertreter des gegenwärtigen Regimes. Sie hoffen, durch den Gedankenaustausch mit “Moderaten”, die bisher dem Druck konservativer Hardliner nachgeben mussten, Reformprozesse anzustoßen und einen friedlichen Wandel im Iran herbeizuführen. Zusätzlich sollen Transformationspartner aus der Zivilgesellschaft unterstützt, Bildungs- und Menschenrechtsinitiativen finanziert werden.

Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte stimmen skeptisch. Eine wirkungsvolle Beschränkung des iranischen Nuklearprogramms auf zivile Zwecke, die Abrüstung und Kontrolle der iranischen Fernwaffen, der Verzicht auf Stellvertreterkriege und die Achtung der Menschenrechte konnten mit “moderaten” Vertretern des Regimes nicht erreicht werden. Unter den Präsidenten Rafsandschani, Chatami und Rohani, die alle als gemäßigt oder pragmatisch galten, wurde die regionale Machtbasis des Iran systematisch erweitert und innenpolitisch die Herrschaft der Theokratie, des „Velayat-e Faqih“, gefestigt.

Nicht nur unter der früheren deutschen Außenministerin entfaltete die Hoffnung auf vermeintliche Reformkräfte des Regimes eine geradezu systemstabilisierende Wirkung. Obwohl das politische Spektrum des Iran breit aufgefächert ist und Gruppierungen umfasst, die sich aktiv gegen das Regime wenden, beschränkte sich die Dialogbereitschaft der deutschen Politik auf “moderate Kräfte” des Regimes und auf für die Machthaber ungefährliche Oppositionsgruppen. Dabei wurden sogar Personen hoffähig, die gegenüber Gesprächspartnern aus Regierung, Parlament und Öffentlichkeit dem klassischen Motto der Desinformation folgten: “Sag den Leuten, was sie hören wollen!”

#### **Die “linke” Opposition und die Volksmudjaheddin**

Vor 1979 gehörten säkular ausgerichtete linke Kräfte wie die kommunistische Tudeh-Partei zu den schärfsten Gegnern des Schah-Regimes. Noch heute berufen sich ihre Nachfolger auf die Mitwirkung beim Sturz des Vaters von Reza Pahlavi und die anschließende blutige Unterdrückung durch die Islamische Republik Chomeinis. Außerhalb linksintellektueller Kreise finden diese Gruppierungen, ideologisch und organisatorisch zersplittert, kaum noch Resonanz und Unterstützung.

Von der linken Seite des laizistischen Spektrums kommend verfügt heute nur der Nationale Widerstandsrat des Iran (NWRI) über eine strategische Programmatik, wirkungsvolle Führungsstrukturen und eine engagierte, opferbereite Anhängerschaft. Der NWRI ist der politische Arm der sogenannten Volksmudjaheddin, die von Maryam Rajavi; der Witwe des Gründers des NWRI, geführt werden. Das Regime in Teheran betrachtet die Volksmudjaheddin als seine gefährlichsten Feinde, verfolgt ihre Organisation mit äußerster Härte und macht sie für die Protestwellen der vergangenen Jahre verantwortlich.

Zwar ist unter Experten nach wie vor umstritten, wie stark der NWRI im Iran tatsächlich ist. Aber die zunehmende Dynamik der Opposition seit 2017 lässt auf die Exis-

tenz strukturierter Organisationsformen und ein zielgerichtetes Vorgehen im Rahmen eines strategischen Langzeitprogramms schließen. Wesentliches Instrument der Volksmudjaheddin sind dabei die sogenannten “Widerstandseinheiten”, kleine und aus Gründen der Geheimhaltung unabhängig voneinander operierende Zellen. Sie bezahlen einen hohen Blutzoll im Kampf gegen das Regime.

Strategie und Taktik einer möglichen Machtübernahme wurden vom NWRI seit längerer Zeit geplant und sind programmatisch in einem 10-Punkte-Plan niedergelegt. Nach dem Umsturz soll eine Übergangsregierung unter Maryam Rajavi gebildet werden, Fachausschüsse bereiten wie Schattenministerien Einzelpläne für die nachrevolutionäre Entwicklung des Iran vor. Wie immer man diese Politik bewerten will: Vor dem Hintergrund der aktuellen Lage erscheint es sinnvoll, ja geradezu notwendig, auch Vertreter des NWRI in Kontakte zu und Gespräche mit der iranischen Opposition einzubeziehen.

#### **Leben Totgesagte länger?**

Ein kurzfristiges Ende des außen- und innenpolitisch isolierten Mullah-Regimes erscheint zurzeit möglich, muss aber nicht zwangsläufig erfolgen. Obwohl selbst die staatsnahen Medien und die Sicherheitsdienste die akute Gefährdung der Machthaber zugeben, sind diese immer noch bereit und in der Lage, mit brutaler Gewalt die sich erhebende Bevölkerung niederzuwerfen. Auf ausländische Stimmen, die wohlgemeint zur Zurückhaltung aufrufen, wird dabei keinerlei Rücksicht genommen.

Vielleicht wird die Geschichte der Islamischen Republik noch etwas länger dauern und erst mit dem Tod oder der Flucht ihres geistlichen Führers, des 86-jährigen Ayatollah Ali Chamenei, enden. Sein möglicher Nachfolger, der frühere Präsident Ebrahim Raisi, kam im Mai 2024 bei einem Hubschrauberabsturz überraschend ums Leben. Seit diesem Zeitpunkt streiten sich die Familien hochrangiger schiitischer Kleriker, einflussreiche



Unternehmer und die Islami-  
schen Revolutionsgarden hinter  
den Kulissen um die künftige  
Führung des Landes. Zumindest  
Teile der iranischen Elite werden  
versuchen, sich mit dem abseh-  
baren Regimewechsel zu arran-  
gieren, ihn zu beeinflussen und  
vielleicht sogar von ihm zu profi-  
tieren.

---

*Dr. Hans-Ulrich Seidt*

Dr. Hans-Ulrich Seidt ist Botschafter a. D. und  
Berlin Fellow des Liechtenstein Institute on  
Self-Determination (LISD) an der Princeton  
University sowie Senior Advisor bei Fried-  
rich30, einer in Berlin ansässigen politischen  
Beratungsfirma.

Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche  
Meinung des Autors wieder.

## IMPRESSUM

### **Denkwürdigkeiten**

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

#### **Herausgeber**

Der Vorstand der **pmg**

#### **Redaktion**

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

**Tel.:** +49 (221) 8875920

**E-Mail:** [info@pmg-ev.com](mailto:info@pmg-ev.com)

**Webseite:** [www.pmg-ev.com](http://www.pmg-ev.com)

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen  
mehrfach jährlich nach den Ver-  
anstaltungen der **pmg**.

